



Jahresbericht Israel und besetzte Gebiete 2016

Die Straflosigkeit gegenüber Misshandlung, Folter und Misshandlung ist nach wie vor umfassend. So berichtete AI Ende August, dass es zwischen 2001 und 2016 fast 1000 Foltervorwürfe gegen die israelischen Sicherheitsbehörden gab, aber kein einziges Verfahren eröffnet wurde. In einem Fall wurde ein israelischer Soldat vom Dienst suspendiert, weil er einen verwundeten und offensichtlich hilflosen palästinensischen Mann erschoss. Dieser soll zuvor an einer tödlichen Messerattacke auf einen israelischen Soldaten beteiligt gewesen sein. Das Hinrichten verwundeter und hilfloser Personen gilt als Kriegsverbrechen. AI hat zudem eine erschreckende Zahl außergerichtlicher Hinrichtungen zwischen Oktober 2015 und September 2016 dokumentiert. So wurden 225 Palästinenser und 3 Ausländer von israelischer Seite getötet. Bei Angriffen von palästinensischer Seite starben 35 Israelis und 2 Ausländer. In den meisten Fällen ging von den Getöteten keine Lebensgefahr aus. Nur gegen einen Soldaten wurde eine Untersuchung eingeleitet.

Die Angriffe und Einschüchterungsversuche gegen Menschenrechtler in den Palästinensergebieten durch Regierung und (israelische) Siedler haben 2016 zugenommen. Menschenrechtler wurden immer wieder Opfer von willkürlichen Verhaftungen, Verletzungen und Folter. So wurde der palästinensische Siedlungsgegner Issa Amro 18 verschiedener Vergehen angeklagt. Eines davon ist beispielsweise die Teilnahme an einem nicht genehmigten Protestmarsch, was kein international anerkanntes Verbrechen ist. Seine Vorwürfe von verbaler und physischer Gewalt durch Polizisten und Siedler wurden bislang hingegen nicht untersucht.

Ein anderes Beispiel ist der palästinensische Aktivist Omar Barghouti, Sprecher einer Boykott- Divestment- und Sanktionskampagne. Israelische Minister kündigten ihm physischen Schmerz und Entzug fundamentaler Rechte an. Besonders alarmierend war die Forderung des israelischen Ministers für Transport, Geheimdienst und Atomenergie, der „gezielte zivile Eliminierungen“ von Aktivisten dieser Bewegung forderte.

Auch der Manager der Gaza-Filiale von World Vision, Mohammed al-Halabi, wurde wegen angeblicher Veruntreuung von Spendengeldern inhaftiert. Drei Wochen lang verweigerte man ihm Zugang zu seiner Anwältin, dann berichtete er ihr von Misshandlungen (Schläge) und erzwungenen Geständnissen. Erst sieben Wochen nach seiner Inhaftierung wurde er angeklagt. Das Verfahren findet im Geheimen statt, seine Anwältin ist massiven Einschränkungen unterworfen.

Wiederholt haben politische Gefangene mittels Hungerstreik gegen ihre Behandlung protestiert. So wurde zum Beispiel der 34jährige palästinensische Häftling Bilal Kayed nach dem Absitzen seiner 14,5 Jahre langen Haftstrafe unter Administrativhaft gestellt. Gegen diese Behandlung protestierte er mit einem Hungerstreik. Man verlegte ihn in ein Krankenhaus, wo man ihn mit beiden Beinen und einem Arm ans Bett kettete. Interventionen von außen führten dazu, dass ein Fuß entkettet wurde. Einen stark geschwächten Menschen anzuketten gilt als grausame und unmenschliche Behandlung.

Proteste gegen die Einschränkung der Freizügigkeit von palästinensischen Bürgern wurden immer wieder mit exzessiver Polizeigewalt (Lärbomben, Tränengas) beantwortet. Al kritisiert zudem, dass die Kriegsverbrechen des Gazakriegs 2014 noch überhaupt nicht untersucht, geschweige denn vor Gericht gekommen sind. Dabei sind etwa 1500 Palästinenser ums Leben gekommen, etwa 500 davon Kinder.